



← zurück zu: Textarchiv

Dokumente

Standort für das Zukunftszentrum soll bis Jahresende feststehen

Der Standort für das geplante „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ soll bis Ende des Jahres feststehen. Dies hat der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider (SPD) , am Mittwoch, 22. Juni 2022, vor dem Ausschuss für Kultur und Medien angekündigt. Der Ausschuss hatte neben Schneider den Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig, Basil Kerski, zu einem öffentlichen Fachgespräch geladen, um erstmalig über die von der Bundesregierung vorgelegten „Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ ([☞ 20/1764](#)) zu beraten.

Der ebenfalls geladene ehemalige Vorsitzende der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Matthias Platzeck (SPD) , musste seine Teilnahme an der Ausschusssitzung krankheitsbedingt absagen. Im Herbst nach der parlamentarischen Sommerpause wird sich der Kulturausschuss erneut mit dem Zukunftszentrum im Rahmen einer größeren öffentlichen Anhörung auseinandersetzen, kündigte die Ausschussvorsitzende Katrin Budde (SPD) an.

Staatsminister plant mit Eröffnung bis 2027

Staatsminister Schneider führte aus, dass die Bewerbungsphase für einen Standort für das Zukunftszentrum bis September abgeschlossen werde. Er gehe von einer regen Teilnahme aus. So würden beispielsweise die Länder Berlin und Brandenburg Frankfurt an der Oder als Standort vorschlagen. Anschließend werde eine unabhängige Kommission bis Ende des Jahres über die Bewerbungen entscheiden.

Er selbst werde sich zur Frage des geeigneten Standortes nicht äußern, betonte Schneider. Er habe auch den Bürgermeister seiner Heimatstadt Erfurt gebeten, sich nicht an dem Bewerbungsverfahren zu beteiligen, um dem Verdacht einer Vorteilsnahme zuvorzukommen. Über die Zusammensetzung der Kommission sei noch nicht abschließend entschieden. An die Auswahl des Standortes soll sich im kommenden Jahr ein Wettbewerb zur

architektonischen Gestaltung des Zentrums anschließen, führte Schneider weiter aus. Bis 2027 soll das Zentrum dann eröffnet werden. Die inhaltliche Konzeption des Zentrums liege federführend bei ihm, die bauliche Umsetzung federführend bei Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD).

Kerski: Wiederbelebung des Wir-Gefühls

Basil Kerski berichtete dem Ausschuss über die Arbeit und die architektonische Gestaltung des 2007 eröffneten Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig. Das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ könne einen großen Beitrag zur Wiederbelebung des im Zuge der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit entstandenen Wir-Gefühls leisten, betonte Kerski.

Zugleich müsse die europäische Dimension der revolutionären Umbrüche in den Wendejahren in den Blick genommen werden. Kerski erinnerte an die Geschichte der demokratischen Widerstandsbewegungen in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Dies könne die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den vier Visegrád-Staaten gestärkt werden. Diese Länder seien zusammen zwar der größte Handelspartner Deutschlands, auf der Ebene der kulturellen Zusammenarbeit spiegele sich dies noch nicht.

Eckpunkte für das Zukunftszentrum

Wie aus der Unterrichtung der Bundesregierung hervorgeht, zielt das von der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ vorgeschlagene Zukunftszentrum darauf ab, einen „Knotenpunkt für die wissenschaftliche und kulturelle Auseinandersetzung mit der weitreichenden und alle Lebensbereiche umfassenden Transformationserfahrung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands einerseits und der inneren Einheit unseres Landes andererseits“ zu schaffen. So solle gesellschaftlicher Zusammenhalt gestiftet, der enge Zusammenhang von Deutschlands Einheit und der Demokratie in Europa gesichert sowie im internationalen Austausch thematisiert werden. Darüber hinaus sollen Strategien für die „Transformationsprozesse der Gegenwart und Zukunft“ entwickelt werden. Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gehe es darum, welches Land Deutschland in Europa sein wolle, heißt es in der Unterrichtung.

Wie die Bundesregierung mitteilt, ist geplant, für das Zentrum ein neues Gebäude zu errichten oder ein bestehendes „mit signifikanter Architektur“ zu „transformieren“. Der Standort des künftigen Zentrums in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen und die bauliche Gestaltung des Zentrums sollen in offenen Verfahren als Standort- und Realisierungswettbewerb ermittelt werden. Der Standortwettbewerb beginne, sobald das Bundeskabinett die Einleitung der Standortsuche beschlossen habe. Die weiteren Schritte sollen nach Beratung und Beschluss des Bundestages auf der Grundlage einer Entscheidungsvorbereitung der Bundesregierung eingeleitet werden.

Unabhängige Jury soll über Standort entscheiden

Wie es in der Unterrichtung weiter heißt, habe eine unabhängige, beratende Arbeitsgruppe im Auftrag der vorherigen Bundesregierung ein Konzept für das Zukunftszentrum erstellt. Die Parteien der Ampelkoalition hätten im Koalitionsvertrag die Absicht geäußert, das Zukunftszentrum zu realisieren. Die Bundesregierung kündigt an, dem

Bundestag dazu rechtzeitig eine Beschlussvorlage zukommen zu lassen. Darin seien Aspekte der inhaltlichen Ausrichtung und Dimensionierung sowie der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung enthalten.

Nach einem Bundestagsbeschluss will die Bundesregierung den Angaben zufolge die Gründung einer gemeinnützigen GmbH als Trägergesellschaft des Zentrums vorbereiten. Bereits vor der baulichen Fertigstellung werde das Zentrum seine Angebote und Programme entwerfen, auf- und ausbauen. Der Standortwettbewerb solle Anreize schaffen und Impulse auslösen, wie Kommunen in Ostdeutschland ein solches Zentrum gestalten könnten. Städte und Kommunen sollen nach Veröffentlichung der Ausschreibung des Wettbewerbs Mitte 2022 drei Monate Zeit haben, um Bewerbungsunterlagen zu erstellen. Die Entscheidung über den Standort werde eine von der Bundesregierung eingesetzte unabhängige Jury treffen, die in ihrer Besetzung unterschiedliche Generationen mit unterschiedlichen Transformationserfahrungen widerspiegeln soll. (irs/eis/vom/aw/22.06.2022)

[← zurück zu: Textarchiv](#)